



## No dolce vita

**Italien.** Die Regierung in Rom gibt der EU die Schuld an der schwierigen Wirtschaftslage im eigenen Land. Doch viele Probleme sind hausgemacht und lassen sich nur durch Strukturreformen lösen. Warum Italien dennoch ein attraktiver Partner für deutsche Unternehmen ist, erläutert Jörg Buck von der Deutsch-Italienischen Handelskammer im Interview.

—> [Seiten 2-5](#)

### IW-Konjunkturumfrage

Vor allem weil die Weltwirtschaft an Dynamik verliert, sind die Unternehmen in Deutschland nur noch begrenzt zuversichtlich.


—> [Seite 7](#)

### MINT-Herbstreport

Um die große Zahl unbesetzter MINT-Arbeitsplätze zu verringern, müssen mehr junge Leute für die entsprechenden Berufe begeistert werden.

—> [Seiten 8-9](#)

# Strukturprobleme della casa

 **Italien.** Die populistische Regierung in Rom wirft der Europäischen Union vor, die italienische Wirtschaft durch zu strikte Sparvorgaben auszubremsen. Doch die Schuldzuweisungen an Brüssel gehen fehl – denn die langjährigen Wachstums- und Strukturprobleme Italiens sind hausgemacht.

So unterschiedlich die linke Fünf-Sterne-Bewegung und die rechte Lega, die Italien seit dem Frühjahr regieren, auch sind – auf einen gemeinsamen Sündenbock können sie sich leicht einigen: Demnach ist es die EU, die den Italienern den verdienten Wohlstand vorenthält.

Zweifellos hat die Republik mit großen wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen (Grafik Seite 3):

**Die italienische Wirtschaft kam in den vergangenen fünf Jahren nicht über ein reales Wachstum von 1,5 Prozent hinaus.**

Deshalb hat das Land die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008/2009 noch immer nicht überwunden. Das nach 2007 von einer schweren Immobilienmarktkrise gebeutelte Spanien hat dagegen die Kurve gekriegt und sein Bruttoinlandsprodukt (BIP) seit 2015 sogar jährlich um mindestens 3 Prozent gesteigert. Folglich war das spanische Pro-Kopf-BIP 2017 real immerhin 0,4 Prozent höher als im Jahr 2007. Italien dagegen ist vom Wohlstandsniveau der Vorkrisenzeit noch immer fast 9 Prozent entfernt.

Sehr unerfreulich ist auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt:

**Mehr als 11 Prozent aller Erwerbspersonen in Italien hatten 2017 keinen Job – in der Altersklasse der 15- bis 24-Jährigen betrug die Quote sogar fast 35 Prozent.**

In Spanien war die Jugendarbeitslosenquote 2017 mit knapp

39 Prozent zwar noch höher, den Iberern gelang es jedoch, die Quote seit dem Höchststand von 2013 um rund 17 Prozentpunkte zu reduzieren. In Italien dagegen, wo der Höchstwert 2014 verzeichnet wurde, sank die Quote seither lediglich um 8 Prozentpunkte.

Der Frust über die wirtschaftliche Misere dürfte einer der wesentlichen Gründe dafür sein, dass viele Italiener bei der vergangenen Wahl für die populistischen Parteien gestimmt haben. Doch deren vermeintliche Wohltaten – wie die Möglichkeit, früher in Rente zu gehen, oder die Einschränkung befristeter Arbeitsverhältnisse – werden kaum helfen, Italien ökonomisch voranzubringen.

Denn die Hauptursachen für die schwache Wirtschaftsentwicklung sind struktureller Natur. So ist zum Beispiel die sogenannte totale Faktorproduktivität – sie misst, wie effizient Arbeit und Kapital in der Produktion eingesetzt werden – in Italien in den vergangenen Jahren oft nur schwach gewachsen oder sogar geschrumpft. Zwar reichte es 2017 zu einem Plus von 0,8 Prozent, doch das Produktivitätswachstum liegt weiterhin unter dem EU-Durchschnitt.

Vor allem kleine Unternehmen tun sich in der Regel mit Produktivitätssteigerungen schwer – und die italienische Wirtschaft ist stark von Mini-Firmen geprägt:

**In Italien gibt es insgesamt rund 388.000 Unternehmen des Verar-**

## Unternehmen: In Italien stark reguliert

Der Doing-Business-Index der Weltbank bewertet die für Unternehmen relevanten Regulierungen in 190 Ländern  
Platzierung im Doing-Business-Index 2019



Diese Plätze belegt Italien in ausgewählten Unterkategorien

Außenhandel	1
Insolvenzverfahren	22
Unternehmensgründung	67
Baugenehmigungen	104
Vertragsrecht	111
Kreditvergabe	112
Steuerzahlungen	118

Quelle: Weltbank  
© 2018 IW Medien / iwd

**beitenden Gewerbes – mehr als 82 Prozent davon haben maximal neun Beschäftigte.**

Zum Vergleich: In Deutschland sind von den gut 200.000 Industrieunternehmen lediglich knapp 62 Prozent so klein.

Gebremst wird die Produktivitätsentwicklung und damit auch die gesamtwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zusätzlich dadurch, dass viele italienische Kleinbetriebe in Familienhand sind – geht es um Fragen der Unternehmensführung, zählen dann verwandtschaftliche Beziehungen oft mehr als Managementkompetenzen.

Hinzu kommen geringe Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE): Den neuesten Daten der OECD zufolge beliefen sich die FuE-Ausgaben italienischer Unternehmen 2015 nur auf 0,67 Prozent des BIP – im Schnitt aller OECD-Länder betrug die Quote 1,45 Prozent, in Deutschland sogar 1,91 Prozent.

Dies wiederum liegt auch daran, dass die italienischen Banken bei der Vergabe neuer Kredite auf die Bremse treten, weil sie nach wie vor auf vielen faulen Darlehen sitzen – im Juni 2018 galten fast 10 Prozent aller vergebenen Kredite in Italien als notleidend (siehe Seite 5).

Und schließlich legen viele staatliche Regulierungen den italienischen Unternehmen Steine in den Weg (Grafik Seite 2):

**Im Doing-Business-Index der Weltbank belegt Italien lediglich Rang 51 von 190 untersuchten Ländern, während Deutschland trotz der hierzulande oft beklagten Bürokratie immerhin Platz 24 erreicht.**

Besonders negativ wirken sich in Italien unter anderem die langwierigen Genehmigungsverfahren für Firmen aus, die ein Lagergebäude errichten wollen. Zudem ist es für Unternehmen überdurchschnittlich

langwierig und kostspielig, geschäftliche Ansprüche im Streitfall vor Gericht durchzusetzen.

Am schlechtesten schneidet Italien mit Rang 118 in Sachen Steuersystem ab. Die dortigen Firmen müssen mehr als 53 Prozent ihres Gewinns in Form von Steuern und Abgaben abführen – im Schnitt der

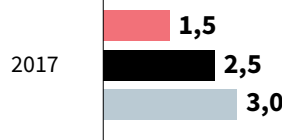
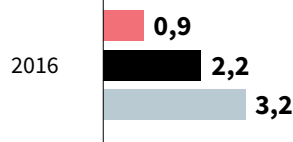
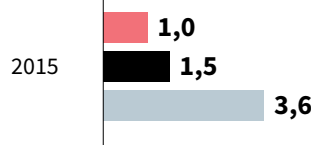
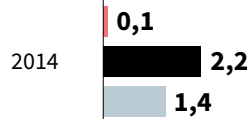
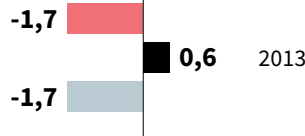
fortgeschrittenen OECD-Volkswirtschaften sind es weniger als 40 Prozent. Zudem benötigen Betriebe in Italien durchschnittlich 238 Stunden pro Jahr, um alle Vorschriften für die Entrichtung der wichtigsten Steuern zu befolgen. Damit ist der Aufwand um ein Drittel höher als im Mittel der vergleichbaren OECD-Länder.

**Italien: Schwaches Wachstum, wenig Jobs**

**Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP)**

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

■ Italien ■ Deutschland ■ Spanien



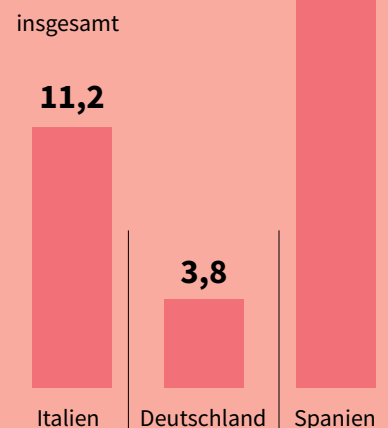
**BIP je Einwohner**

um Kaufkraftunterschiede bereinigt, EU-28 = 100

	2007	2017
Italien	107	96
Deutschland	117	123
Spanien	103	92

**Arbeitslosenquote**

im Jahr 2017 in Prozent



15- bis 24-Jährige



Quellen: Eurostat, Internationaler Währungsfonds © 2018 IW Medien / iwd

# „Die Italiener schmeißen das Geld nicht zum Fenster raus“



**Interview.** Italiens Wirtschaft ist eng verwoben mit der EU, allein 4.000 italienische Unternehmen sind an deutschen Firmen beteiligt. Warum Italien trotz seiner aktuellen politischen Probleme ein attraktiver Wirtschaftspartner ist, erläutert **Jörg Buck**, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Deutsch-Italienischen Handelskammer.



© AHK Italien

**Italiens Außenhandel mit Deutschland und der EU wächst seit Jahren. Aus unternehmerischer Sicht ist der umstrittene Haushaltsentwurf Italiens eigentlich begrüßenswert, schließlich tragen die höheren Ausgaben dazu bei, dass weiter fleißig im- und exportiert werden kann, oder?**

Ja, die Handelspartnerschaft Italiens mit der EU ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gewachsen und wir erwarten für 2018 wieder einen neuen Rekordwert. Für Deutschland wird Italien 2018 der fünftwichtigste Handelspartner sein.

Mit den Größenordnungen des italienischen Haushaltsentwurfs habe ich grundsätzlich kein Problem, schließlich bleibt die Neuverschuldungsquote mit 2,4 Prozent unterhalb der Maastricht-Schwelle, der Primärhaushalt ist sogar positiv. Sehr kritisch sehe ich allerdings, dass die Haushaltsmittel kaum in Zukunftsinvestitionen wie die Digitalisierung fließen sollen, sondern vor allem in die soziale Absicherung.

**Trotzdem gibt es Ärger mit der EU, weil der Schuldenstand Italiens insgesamt einfach viel zu hoch**

**wird aufgrund dieses Haushaltsentwurfs.**

Diese Schulden wurden vor allem in den 1990er Jahren angesammelt. Viele Europäer denken, die Italiener würden das Geld zum Fenster rauschmeißen. Aber dieses Bild stimmt nicht. Seit 2011 hat Italien alle Brüsseler Vorgaben und Reformmaßnahmen eingehalten.

**Was ist die Lösung?**

Für das Überschuldungsproblem brauchen wir eine europäische Lösung. Das muss zwischen Italien und der EU-Kommission gemanagt werden.

**In puncto Geschäftsfreundlichkeit schneidet Italien im Doing-Business-Index der Weltbank schlechter ab als Russland und Ruanda. Warum sollten deutsche Unternehmen dennoch in Italien investieren?**

Weil es in Italien eine hervorragend aufgestellte und funktionierende Zuliefererstruktur gibt. Italien ist wie Deutschland ein Industrieland, zu dessen wichtigsten Branchen der Maschinenbau, die Elektrotechnik, die Pharmaindustrie sowie die Luft- und Raumfahrt zählen. Es gibt

rund 2.100 deutsche Unternehmen, die mit mindestens 50 Prozent an einem italienischen Unternehmen beteiligt sind.


**Und umgekehrt?**

Deutschland ist für Italien ein interessanter Markt, da sich die Zielmärkte ideal ergänzen. Aktuell sind ungefähr 4.000 italienische Unternehmen an deutschen Betrieben beteiligt. Viele italienische Firmen nutzen den deutschen Standort, um von dort aus neue Märkte, beispielsweise in Skandinavien, zu erschließen.

**Im schlimmsten Fall endet der Haushaltsstreit damit, dass Italien die Eurozone oder gar die EU verlässt. Wie wahrscheinlich ist das?**

Das ist kein realistisches Szenario, Italien ist nicht Griechenland. Erstens wissen auch die Populisten, die jetzt in Rom regieren, wie eng verwoben Italien mit Europa ist. Selbst die Fünf-Sterne-Bewegung will keinen Austritt Italiens aus der EU. Und zweitens sind auch die Italiener selbst von Europa überzeugt: Sie trauen den EU-Institutionen nämlich mehr zu als der eigenen Politik.

# Banken in Schieflage

 **Italien.** Zwar hat sich die Situation in den vergangenen Jahren etwas verbessert, dennoch haben die italienischen Banken im Vergleich der Euroländer noch viele faule Kredite in ihren Büchern. Weiteres Unheil droht durch die steigenden Staatsschulden.

Die Krise der italienischen Banken hat viel mit der Finanzmarktkrise 2008 zu tun. Denn nach dem damaligen Konjunkturunbruch (siehe Seiten 2–3) konnten viele Unternehmen ihre Zins- und Tilgungszahlungen nicht mehr leisten und folglich saßen die Banken auf immer mehr faulen Krediten. Hinzu kam, dass die italienische Bankenaufsicht in der Vergangenheit nicht viel unternommen hatte, die Banken zu einem Abbau ihrer notleidenden Kredite zu bewegen. Dies änderte sich erst 2014, als die Europäische Zentralbank (EZB) die Aufsicht über die größten Banken des Euroraums übernahm. Nun müssen die Banken höhere Rückstellungen für Kreditausfälle bilden, zudem wurde ihnen empfohlen, notleidende Kredite an Investoren zu veräußern.

Der zusätzliche Druck der EZB auf die italienischen Banken zeigt Wirkung (Grafik):

**Während der Anteil notleidender Kredite im Juni 2015 noch bei 16,8 Prozent der vergebenen Kredite lag, ist er bis Juni 2018 auf 9,7 Prozent gesunken.**

Dass sich die Banken dennoch schwertun, ihre notleidenden Kredite abzubauen, hat im Wesentlichen zwei Gründe: Zum einen gibt es nur wenige Investoren, die auf die Übernahmen notleidender Kredite spezialisiert sind. Diese Anleger kaufen Kredite mit einem hohen Preisabschlag und wetten darauf, dass sich ein Teil der Kredite erholt. Für die Banken ist dieses Geschäft wegen des Abschlags unattraktiv, denn auch sie hoffen, dass die Gläubiger ihre Schulden doch zurückzahlen.

Zum anderen dauern Insolvenzverfahren in Italien deutlich länger als etwa in Deutschland, sie sind teurer und es kann nur ein kleiner Teil der Kreditsumme wieder eingetrieben werden. Einheitliche europäische Mindeststandards für die nationalen Insolvenzverfahren sind zwar schon länger in der politischen Diskussion, aber noch nicht umgesetzt.

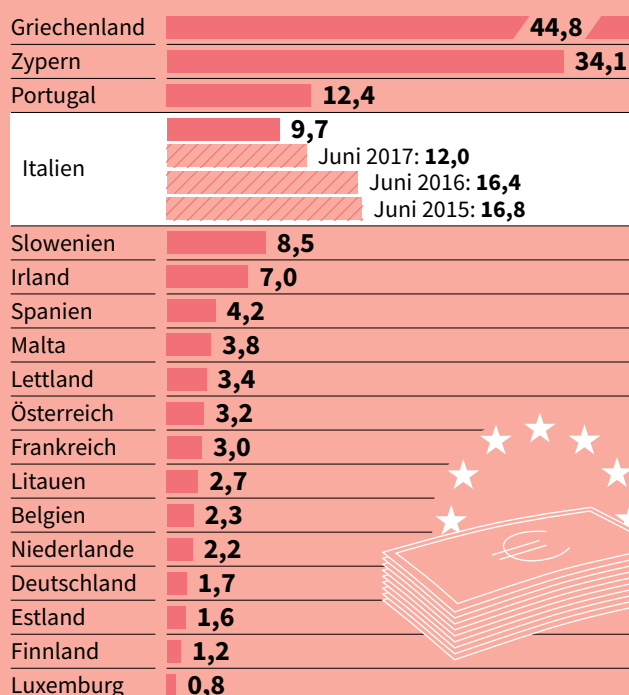
Ein weiteres Risiko sind die italienischen Staatsschulden. Sinnvoll wäre es gewesen, wenn die Banken ihre Bestände an italienischen Staatsanleihen nach der

Staatsschuldenkrise 2011 abgebaut hätten. Stattdessen haben sie die Bestände von 8 Prozent ihrer Bilanzsumme im Jahr 2012 auf derzeit 10 Prozent erhöht.

Da die Staatsanleihen akut nicht vom Ausfall bedroht sind, haben die Banken wohl auch keine Rückstellungen dafür gebildet; und Eigenkapital muss für den Kauf von Staatsanleihen auch nicht aufgewendet werden. Sollten die italienischen Staatsfinanzen jedoch wackeln, geraten erst die italienischen Banken ins Wanken – und dann droht eine erneute Bankenkrise im Euroraum.

## Notleidende Kredite im Euroraum

So viel Prozent aller vergebenen Kredite in den Euroländern galten im Juni 2018 als notleidend – das heißt, dass fällige Zinsen und Tilgungen mehr als 90 Tage lang nicht gezahlt wurden



Quelle: European Banking Authority  
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

# Destruktive Reformideen

**Grundsicherung.** In der Politik wird gerade viel darüber debattiert, ob Hartz IV verändert oder sogar ganz abgeschafft werden soll. Die vorgelegten Reformkonzepte sind jedoch größtenteils ungeeignet, da sie mehr Probleme aufwerfen als lösen.

Sowohl der Grünen-Parteichef Robert Habeck als auch SPD-Chefin Andrea Nahles haben Vorschläge für einen Umbau der Grundsicherung präsentiert. Beide begründen ihren Vorstoß damit, dass Hartz-IV-Leistungen nicht als Unterstützung wahrgenommen würden, sondern als Hindernislauf. Konkrete Defizite benennen die beiden Politiker nicht – wie auch, schließlich sichert Hartz IV Millionen von Menschen das Existenzminimum und ist auch arbeitsmarktpolitisch ein Erfolg (Grafik):

**Zwischen 2007 und 2017 ist die Zahl der Hartz-IV-Empfänger von rund sieben Millionen auf sechs Millionen gesunken.**

Dieser Rückgang ist nicht allein darauf zurückzuführen, dass ausschließlich leicht vermittelbare Arbeitslose wieder einen Job gefunden haben. Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist gesunken – und zwar im selben Tempo wie die Zahl der kurzzeitig Arbeitslosen.

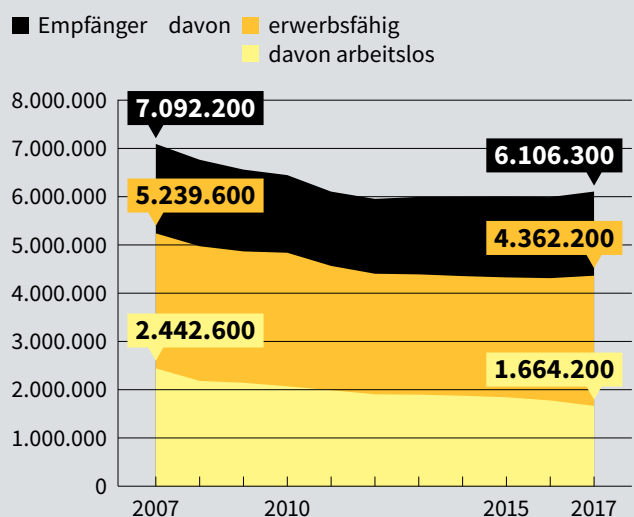
Trotzdem sehen Habeck und Nahles grundlegenden Reformbedarf. Die wichtigsten Vorschläge lauten:

- **Abschaffung der Sanktionen** für Arbeitslose, die ihrer Kooperationspflicht mit dem Jobcenter nicht nachkommen. Diese Idee ist aus mehreren Gründen problematisch. Erstens würde man die Jobcenter damit zu reinen Auszahlungsstellen degradieren, da sie von den Hartz-IV-Empfängern keine Eigenbemühungen mehr einfordern können. Zweitens würde die Zahl der Hilfeempfänger steigen, denn sanktionierbare Hartz-IV-Bezieher finden schneller in den Arbeitsmarkt zurück als solche, denen keine Sanktionen drohen. Und drittens dürfte die Gesellschaft es als ungerecht empfinden, die einzige Gegenleistung, die von Hilfeempfängern gefordert wird – nämlich das Bemühen, künftig ohne Hilfe auszukommen –, ersatzlos zu streichen.

- **Eine Erhöhung der Grundsicherungsleistungen** bringt das Problem mit sich, dass diese Leistungen dann möglicherweise das Erwerbseinkommen gering entlohnter Arbeitnehmer überflügeln. Zwar könnte ein höherer Mindestlohn dieses Problem erst einmal beheben, doch der wiederum birgt die Gefahr von Arbeitsplatzverlusten.

## Grundsicherung: Empfängerzahl sinkt

So viele Personen bezogen Hartz-IV-Leistungen in Deutschland



Quelle: Bundesagentur für Arbeit  
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

- **Die Abkoppelung der Grundsicherung von der Haushaltskonstellation** würde dazu führen, dass nur noch das individuelle Einkommen über den Transferanspruch entscheidet. Dann wären auch nicht erwerbstätige Mitglieder von Haushalten, in denen Gutverdiener leben, sowie viele junge Leute, die ihren ersten Haushalt gründen, prinzipiell berechtigt, Grundsicherung zu beziehen.
- **Die Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld** sowie der **Ausbau des sozialen Arbeitsmarktes** helfen den Betroffenen ebenfalls nicht weiter. Beide Instrumente verhindern eine rasche Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt und erhöhen damit das Risiko, langzeitarbeitslos zu werden.

### IW Policy Paper 16/2018

Holger Schäfer: Eine Bewertung aktueller Vorschläge zur Reform der Grundsicherung  
[iwkoeln.de/grundsicherung](http://iwkoeln.de/grundsicherung)



# Die Skepsis wächst

**IW-Konjunkturumfrage.** Von den protektionistischen Bestrebungen der USA über den Brexit bis hin zum Risiko einer neuen Finanzmarktkrise – all dies bereitet den deutschen Unternehmen Sorgen. Sie blicken daher nur noch verhalten optimistisch auf das Jahr 2019.

Die Produktionsrückgänge aufgrund der Probleme mit einem neuen Prüfverfahren in der Autoindustrie haben das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im dritten Quartal um 0,2 Prozent sinken lassen. Zwar wird es zum Jahresende wieder aufwärtsgehen. Doch der Sondereffekt ist Anlass für das Institut der deutschen Wirtschaft, seine Prognose nach unten zu korrigieren (siehe iwd 20/2018):

**Das IW geht nun für 2018 von einem realen Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent aus – 2019 wird das BIP nur noch um 1,2 Prozent zulegen.**

Dass die Konjunktur an Fahrt verliert, zeichnet sich schon seit Längerem ab; in vielen Teilen der Welt schwächelt die Wirtschaft. Das schlägt sich auch in den Ergebnissen der aktuellen IW-Konjunkturumfrage nieder (Grafik):

**Knapp 39 Prozent der deutschen Unternehmen gehen für 2019 von einer steigenden Produktion aus, 14 Prozent rechnen mit einem Rückgang.**

Damit überwiegt zwar nach wie vor die Zuversicht. Doch im Frühjahr hatten noch fast 52 Prozent der befragten Firmen optimistisch nach vorn geblickt (siehe iwd 9/2018).

Eingetrübt haben sich nicht zuletzt die Exporterwartungen: Nur noch 23 Prozent der Betriebe erwarten für 2019 höhere Ausfuhren – vor allem weil im Ausland die Nachfrage nach Investitionsgütern zurückgeht.

Auch in Deutschland zeigen die Auftragseingänge bei den Investitionsgüterherstellern, dass die Bereitschaft, mehr Geld in neue Maschinen und Produktionsanlagen zu stecken, markant nachlässt. Dazu passen die Zahlen der IW-Umfrage:

**Nur noch 37 Prozent der Unternehmen rechnen für 2019 mit höheren Investitionen. Im Frühjahr hatten 45 Prozent ein Investitionsplus im Visier.**

Unterm Strich bleibt die Konjunktur zwar stark genug, um den Arbeitsmarkt auf Touren zu halten. Doch die Dynamik lässt nach: Mit knapp 34 Prozent erwarten deutlich weniger Unternehmen einen Beschäftigungsaufbau als im Frühjahr (46 Prozent). Immerhin dürfte die Zahl der Erwerbstätigen 2019 noch um knapp 0,7 Prozent steigen.

## Aus IW-Trends 4/2018

IW-Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur: Schwaches Wachstum bei auffrischendem Gegenwind – Prognose und IW-Konjunkturumfrage Herbst 2018 [iwkoeln.de/konjunkturumfrage](http://iwkoeln.de/konjunkturumfrage)

## Konjunktur: Gedämpfte Zuversicht

So viel Prozent der Unternehmen erwarten für das Jahr 2019 eine  Abnahme der ...  Zunahme der ...

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Deutschland	
Produktion	14,3	38,3	13,6	39,8	14,2	38,5
Exporte	13,0	24,1	16,1	15,4	13,4	23,0
Erträge	21,7	33,6	21,5	29,9	21,6	33,1
Investitionen	16,2	38,8	15,9	27,7	16,1	37,4
Beschäftigung	13,8	34,5	16,2	28,8	14,1	33,7

Rest zu 100: gleichbleibend

Quelle: IW-Befragung von 1.823 Unternehmen in Westdeutschland und 429 Unternehmen in Ostdeutschland im Oktober/November 2018  
© 2018 IW Medien / iwd

# Die MINT-Lücke wird größer

**MINT-Herbstreport.** In den Fachrichtungen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik wachsen die personellen Engpässe. Im Oktober 2018 waren in Deutschland fast eine halbe Million MINT-Stellen unbesetzt. Abhilfe kann qualifizierte Zuwanderung schaffen. Doch das allein reicht nicht. Um für die Zukunft gewappnet zu sein, müssten sich mehr junge Leute für einen MINT-Beruf begeistern.

Deutschland ist ein innovationsstarkes Land. Einen wichtigen Beitrag dazu leisten Beschäftigte der Fachrichtungen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – kurz MINT. Branchenanalysen zeigen, dass die MINT-Erwerbstätigkeit eng mit der Innovationskraft verzahnt ist. Entsprechend besorgniserregend ist die wachsende MINT-Lücke (Grafik Seite 9):

**Ende Oktober waren in Deutschland 496.200 MINT-Stellen unbesetzt – so viele wie noch nie seit Beginn der Erhebung im Jahr 2011.**

Im Vergleich zum Vorjahresmonat stieg die Zahl der offenen Stellen in den MINT-Berufen um 27.700 oder 5,9 Prozent.

Im selben Zeitraum ist die Zahl der Arbeitslosen in diesen Berufen um 9,2 Prozent auf nur noch 160.280 gesunken. Das ist der niedrigste Stand seit dem Jahr 2011. Berücksichtigt man die qualifikatorischen Mismatches, fehlen derzeit in der Bundesrepublik 337.900 MINT-Fachkräfte.

Zudem hat sich die Struktur der MINT-Lücke in den vergangenen Jahren deutlich gewandelt. Der Anteil der nicht akademischen MINT-Berufe ist kontinuierlich gestiegen: Mittlerweile sind ihnen gut zwei Drittel der offenen Stellen zuzuordnen.

Vor allem IT-Experten werden aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung händeringend gesucht. Die Lücke hat sich in diesem Segment in den vergangenen drei Jahren auf 40.500 mehr als verdoppelt.

Die Engpässe in allen MINT-Berufsgruppen wären noch viel größer, wenn nicht immer mehr ausländische Fachkräfte für Entlastung sorgen würden. Seit 2012 entwickelt sich die Beschäftigung ausländischer MINT-Arbeitskräfte deutlich dynamischer als die ihrer deutschen Berufskollegen (Grafik):

## MINT-Beschäftigte: Ausländeranteil wächst in Deutschland

■ 2012 ■ 2018 □ Veränderung in Prozent

Deutsche MINT-Akademiker

18,4

1.009.100

1.194.300

Ausländische MINT-Akademiker

72,3

69.600

119.900

Deutsche MINT-Fachkräfte

0,9

3.734.300

3.767.000

Ausländische MINT-Fachkräfte

38,6

303.000

420.000

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

**Zwischen 2012 und 2018 stieg allein die Zahl der Ausländer in akademischen MINT-Berufen um mehr als 72 Prozent.**

Insgesamt legte die Beschäftigung unter Deutschen in akademischen MINT-Berufen um gut 18 Prozent zu.

Bei den MINT-Fachkräften fällt das Plus unter Ausländern mit 39 Prozent nicht ganz so stark aus. Dennoch ist es bemerkenswert, da die Gesamtzahl der Deutschen im Betrachtungszeitraum nur um 1 Prozent zunahm. Ohne den starken Anstieg der ausländischen Beschäftigten



würden heute schon mehr als eine halbe Million Kräfte in den MINT-Berufen in Deutschland fehlen.

Die wirtschaftliche Bedeutung der ausländischen MINT-Arbeitskräfte ist sehr beachtlich: Im Jahr 2017 trugen sie zu einer Wertschöpfung von rund 190 Milliarden Euro bei.

Angesichts des demografischen Wandels wird es in Zukunft noch wichtiger für Deutschland, qualifizierte Zuwanderer für den MINT-Sektor zu gewinnen. Der Blick sollte sich aus strategischer Sicht stärker auf Drittstaaten mit großem Bevölkerungswachstum wie Indien richten, denn aufgrund der demografischen Entwicklung auf dem europäischen Kontinent dürften die Fachkräftepotenziale in Mittel-, Ost- und Südeuropa künftig begrenzt sein. Ein Zuwanderungsgesetz, wie es die Bundesregierung plant, ist ein wichtiger Schritt, um qualifizierte Mitarbeiter aus dem Ausland leichter anwerben zu können.

Eine weitere Chance besteht darin, Flüchtlinge für MINT-Berufe zu gewinnen. Erste Erfolge gibt es bereits:

**Während Ende 2012 nur rund 2.700 MINT-Beschäftigte aus Eritrea, dem Irak, Afghanistan und Syrien kamen, waren es Anfang 2018 schon mehr als 19.200.**

Dabei wird es voraussichtlich nicht bleiben. Bis 2020 dürften knapp 30.000 Flüchtlinge einer Beschäftigung in einem MINT-Beruf nachgehen.

Die Qualifizierung von Flüchtlingen und leichtere Einwanderungsbedingungen für ausländische Fachkräfte

können dem MINT-Sektor einen starken Schub geben. Die Maßnahmen werden allein aber nicht ausreichen, um die MINT-Lücke zu schließen; vor allem, wenn das von der Bundesregierung gesteckte Ziel, künftig 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung zu investieren, erreicht werden soll. Denn dieses Vorhaben erhöht den Bedarf an MINT-Kräften um zusätzlich 220.000 Personen.

Es geht also auch darum, MINT für den Nachwuchs attraktiver zu machen und mehr junge Menschen für einen Beruf in einer der vier Fachrichtungen zu begeistern. Die Karriereaussichten in MINT-Berufen sind dabei sehr gut. Beim Bruttogehalt liegen die MINT-Berufe über dem Durchschnitt (Grafik):

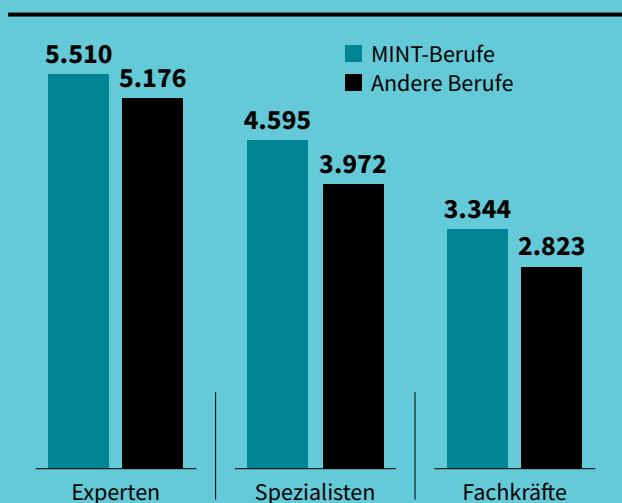
**MINT-Beschäftigte verdienen im Jahr 2017 zwischen 334 und 623 Euro mehr pro Monat als Gleichqualifizierte in anderen Branchen.**

Außerdem sind MINT-Kräfte im Vergleich zu Mitarbeitern anderer Branchen seltener befristet beschäftigt. MINT-Karrieren bieten auch gute Chancen für den Bildungsaufstieg. Fast 70 Prozent der Ingenieure sind Bildungsaufsteiger, beide Elternteile haben also keine akademische Ausbildung abgeschlossen. Unter den sonstigen akademischen MINT-Berufen liegt die Quote bei rund 66 Prozent.

Für MINT-Akademiker gibt es außerdem häufiger als für andere Hochschulabsolventen die Möglichkeit, in Führungspositionen zu kommen. So hatten 2016 knapp 42 Prozent der MINT-Akademiker Personalverantwortung, in anderen Fachrichtungen betrug die Quote lediglich 37 Prozent.

## MINT-Beschäftigte verdienen mehr

So hoch war 2017 das Medianeinkommen in Deutschland in diesen Berufsklassen



Medianeinkommen: 50 Prozent der Beschäftigten verdienen mehr und 50 Prozent weniger als diesen Wert  
 Experten: vornehmlich Akademiker  
 Spezialisten: vornehmlich Meister und Techniker  
 Fachkräfte: Beschäftigte mit abgeschlossener Berufsausbildung

Quelle: Bundesagentur für Arbeit  
 © 2018 IW Medien / iwd

iwd

## Zahl der unbesetzten MINT-Stellen

in Deutschland Ende Oktober 2018

496.200



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft  
 © 2018 IW Medien / iwd

iwd

## MINT-Herbstreport 2018

MINT – Qualifizierung und Zuwanderung zur Stärkung von Forschung und Digitalisierung

[iwkoeln.de/mint-herbstreport\\_2018](http://iwkoeln.de/mint-herbstreport_2018)

# Geschäftsmodell Klimaschutz

**Umweltwirtschaft.** Der Klimaschutz steht seit einigen Jahren verstärkt im Fokus der Politik. Davon profitieren auch die Unternehmen in Deutschland. Mit ihren Klimaschutzgütern erzielen sie Milliardenumsätze – und das nicht nur im Inland. Auch jenseits der Landesgrenzen sind die Produkte und Dienstleistungen made in Germany gefragt.

Auf der Klimakonferenz 2015 in Paris haben sich fast alle Staaten der Welt gemeinsam das Ziel gesetzt, die Erderwärmung durch menschlichen Einfluss auf weniger als 2 Grad Celsius zu begrenzen. Mit ihrer Innovationsstärke und ihren Investitionsmöglichkeiten kann die Wirtschaft einen großen Beitrag leisten, diese Vorgabe zu erreichen. Gleichzeitig lässt sich für Unternehmen mit dem Klimaschutz auch Geld verdienen (Grafik):

**In Deutschland lag der Umsatz mit Klimaschutzgütern im Jahr 2016 bei mehr als 46 Milliarden Euro.**

Den Löwenanteil verbuchte die klassische Industrie. Knapp 40 der 46 Milliarden Euro wurden im Verarbeitenden Gewerbe umgesetzt, gut die Hälfte davon allein im Maschinenbau.

Mit rund 18 Milliarden Euro erwirtschafteten die deutschen Unternehmen im Jahr 2016 fast 40 Prozent ihres Umsatzes im Ausland. Besonders gefragt waren Produkte in den Bereichen Windenergie und industrielle Energieeffizienz.

Die Windenergie ist auch insgesamt das umsatzstärkste Klimaschutzgut: Jeder dritte Euro der deutschen Klimaschutzwirtschaft wird mit Windkraft an Land erzielt. An zweiter Stelle stehen mit 10 Milliarden Euro Umsatz Produkte zur Steigerung der industriellen Energieeffizienz, zum Beispiel energieeffiziente Antriebs- und Steuerungstechniken; es folgen Energieeffizienzmaßnahmen für Gebäude mit 7 Milliarden Euro.

In Deutschland setzen die Betriebe vor allem auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Dies ist auch eine Folge der politischen Agenda der vergangenen Jahre:

**Der Ausbau erneuerbarer Energien und Energieeffizienzprogramme standen im Fokus der Politik und wurden entsprechend subventioniert.**

**Klimaschutz:  
Deutsche Wirtschaft verdient gut**

Umsatz deutscher Unternehmen mit Klimaschutzgütern im Jahr 2016 in Milliarden Euro

	Inlands-umsatz	Auslands-umsatz	Insgesamt
Windkraft an Land	9,8	4,8	14,6
Energieeffizienz Industrie	5,1	5,2	10,3
Energieeffizienz Gebäude	5,6	1,5	7,2
Kraft-Wärme-Kopplung	0,9	2,6	3,5
Windkraft auf See	2,6	0,4	3,0
Solarenergie	1,7	1,1	2,9
Bioenergie	0,5	0,3	0,8
Sonstige	2,3	1,7	3,9
<b>Klimaschutz</b>	<b>28,7</b>	<b>17,6</b>	<b>46,2</b>

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft © 2018 IW Medien / iwd



Die Bundesregierung wird auch in Zukunft großen Einfluss auf das Handeln der Unternehmen haben, denn sie setzt beim Klimaschutz die Rahmenbedingungen, an denen sich die Wirtschaft orientieren muss.

Dies lässt sich gut am Beispiel des CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandels erkennen. Er soll einen marktwirtschaftlichen Anreiz bieten, technische Innovationen einzuführen, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren. Allerdings war der Kauf von Emissionsrechten lange Zeit so günstig, dass nur geringe Investitionsanreize gesetzt wurden. Die zuletzt steigenden Preise könnten die Investitionen in CO<sub>2</sub>-Vermeidung jedoch deutlich stärken und zu einem höheren Umsatz mit Produkten zur CO<sub>2</sub>-Vermeidung führen – und das über einen marktbasierten Ansatz frei von politischen Subventionen.

# Die große Umverteilung

**Einkommensteuer.** In Deutschland leben rund 70 Millionen Menschen, deren Einkünfte prinzipiell der Einkommensteuer unterliegen. Doch während mehr als 20 Millionen von ihnen gar keine Abgaben zahlen, tragen vergleichsweise wenige Reiche fast ein Drittel zum Einkommensteueraufkommen bei.

Sie ist die wichtigste Einnahmequelle des Staates: die Einkommensteuer. Im vergangenen Jahr spülte sie zusammen mit dem Solidaritätszuschlag, den etwa 60 Prozent der Einkommensteuerpflichtigen zahlen, rund 298 Milliarden Euro in die Staatskasse, dieses Jahr werden es 320 Milliarden Euro sein. Das entspricht etwa 40 Prozent aller Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden.

Die Einkommensteuer soll für mehr Einkommensgerechtigkeit sorgen, indem Besserverdienende stärker besteuert werden als Menschen mit niedrigeren Einkommen. Dass dieses Umverteilungsinstrument wie gewünscht funktioniert, zeigt eine Simulationsrechnung des Instituts der deutschen Wirtschaft für das Jahr 2018 (Grafik):

**In diesem Jahr werden die reichsten 3,6 Prozent der Bundesbürger mehr als 30 Prozent zum Steueraufkommen beitragen.**

Betrachtet man all jene, die mindestens 15.000 Euro Einkommensteuer im Jahr zahlen – das sind 6,4 Prozent aller Steuerzahler –, erhöht sich der Anteil am Einkommensteueraufkommen sogar auf fast 42 Prozent. Die oberste Einkommenschicht leistet somit den

größten Beitrag zum Aufkommen aus Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag.

Andererseits zahlt ein großer Teil der Bevölkerung gar keine Einkommensteuer: Von den rund 70 Millionen Einkommensteuerpflichtigen in Deutschland führen mehr als 20 Millionen Menschen keine Steuern ab, weil ihr steuerpflichtiges Einkommen zu gering ist. Dazu zählen sieben Millionen Rentner sowie Auszubildende, Studenten, geringfügig Beschäftigte und Arbeitslose. Insgesamt zahlen rund 30 Prozent der Erwachsenen in Deutschland keine Einkommensteuer.

Aufgrund der wachsenden Realeinkommen und des progressiven Tarifverlaufs – der dafür sorgt, dass mit dem Einkommen auch der Steuersatz steigt – hat das Steueraufkommen in Deutschland in den vergangenen Jahren stark zugelegt. So stieg das Bruttoinlandsprodukt zwischen 2000 und 2017 um knapp 27 Prozent, das Einkommensteueraufkommen dagegen wuchs um rund 53 Prozent.

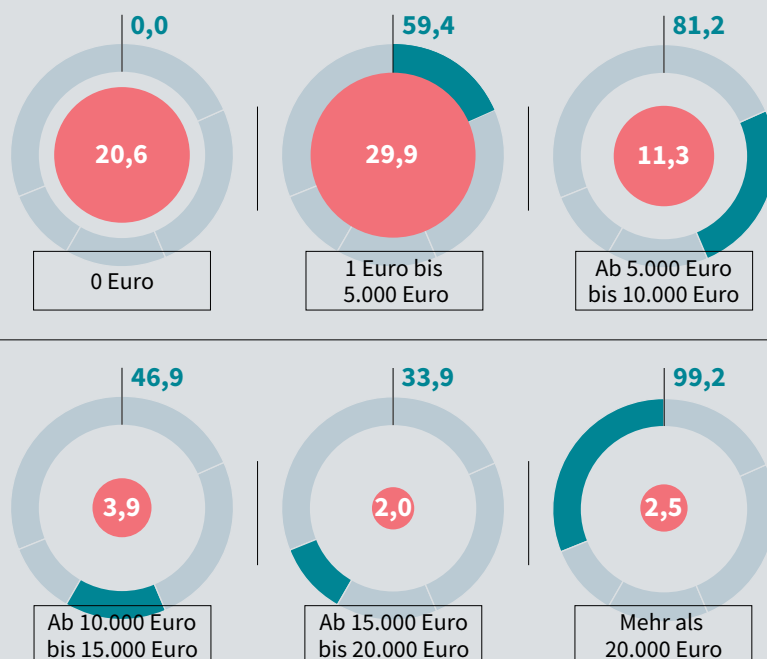
## IW-Kurzbericht

Martin Beznoska: Wer zahlt wie viel Einkommensteuer in Deutschland?  
[iwkoein.de/einkommensteuer](http://iwkoein.de/einkommensteuer)

## Einkommensteuer: Wer zahlt wie viel?

Steuerlast und Steueraufkommen in Deutschland im Jahr 2018

- Jährliche Steuerlast
- Steuerpflichtige in Millionen
- Einkommensteuer plus Solidaritätszuschlag in Milliarden Euro



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft  
 © 2018 IW Medien / iwd

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.  
Präsident: Arndt Günter Kirchhoff  
Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther  
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

**Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich)  
**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef),  
Irina Berenfeld, Carsten Ruge,  
Berit Schmiedendorf,  
Kerstin Schraff,  
Alexander Weber  
**Redaktionsassistent:** Anja Hüpper  
**Grafik:** IW Medien GmbH  
**Telefon:** 0221 4981-255  
**Fax:** 0221 4981-99255  
**E-Mail:** iwd@iwkoeln.de

**Bezugspreis:**  
€ 11,32/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

**Abo-Service:** Therese Hartmann,  
Telefon: 0221 4981-443,  
hartmann@iwkoeln.de

**Verlag:**  
Institut der deutschen Wirtschaft  
Köln Medien GmbH,  
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

**Druck:** Henke GmbH, Brühl  
Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über:  
lizenzen@iwkoeln.de

**IW** INSTITUT  
DER DEUTSCHEN  
WIRTSCHAFT

## Top-Liste: Ode an Oldenburg

München und Berlin mögen tolle Metropolen sein, doch am meisten verbessert hat sich die Lebensqualität in den vergangenen fünf Jahren laut Städteranking der IW Consult in Oldenburg. Dazu beigetragen haben unter anderem mehr Betreuungsplätze für Kleinkinder, ein Plus an Wohnfläche je Einwohner sowie eine höhere Ärztedichte. Insgesamt flossen elf Indikatoren in das Ranking ein, in dem auch viele andere kleinere Städte punkten – wie beispielsweise Lübeck, Braunschweig und Rostock.

Mehr unter: [iwd.de/lebenswertere-staedte](http://iwd.de/lebenswertere-staedte)

### Städteranking 2018: Wo man besser lebt

*In diesen Städten hat sich die Lebensqualität in den vergangenen fünf Jahren am dynamischsten entwickelt – gemessen an elf Indikatoren wie der durchschnittlichen Wohnfläche, der Lebenserwartung und den Kinderbetreuungsmöglichkeiten*



Quelle: IW Consult  
© 2018 IW Medien / iwd

**iwd**

### Zahl der Woche

# 279

Millionen Hektoliter

beträgt die weltweite Weinerzeugung 2018 nach Schätzungen der Organisation Internationale de la Vigne et du Vin (OIV). Damit dürfte die Produktion eine der höchsten seit dem Jahr 2000 sein und 13 Prozent höher ausfallen als im Jahr 2017. Mit rund 49 Millionen Hektolitern bleibt Italien die Weinnation Nummer eins, gefolgt von Frankreich mit 46 und Spanien mit 41 Millionen Hektolitern. Deutschland erzeugt in diesem Jahr laut OIV 9,8 Millionen Hektoliter Rebensaft, das Statistische Bundesamt spricht sogar von 10,9 Millionen Hektolitern – das wäre ein Anstieg um 46 Prozent gegenüber dem Vorjahr und der höchste Wert seit 1999.

## Wirtschaft zum Lächeln

Die neuesten Ernährungstrends, der Zustand der Infrastruktur oder die Probleme in der Pflege: Zu Themen wie diesen haben Deutschlands Top-Karikaturisten ihre eigene Meinung. Wie die aussieht, entdecken Sie im Wirtschaftskalender 2019. Er bietet alle zwei Wochen eine witzig-pointierte Karikatur sowie kompakte Infos und Grafiken zum jeweiligen Thema. Wenn Sie den Kalender bis zum 14.12. bestellen, landet er pünktlich unterm Weihnachtsbaum. Weitere Infos und Bestellungen:

**Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, sowie unter: [wirtschaft-kalender.de](http://wirtschaft-kalender.de)**

